

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4 $\frac{1}{2}$ Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 $\frac{1}{4}$ Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Expeditoren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstraße Nr. 27, 4 $\frac{1}{2}$ Sgr. Inzerate die Zeile 2 Sgr.

Mit dem 1. Juli 1866 beginnt für unser Blatt ein neues Abonnement. Unser Blatt wird nach wie vor in volksthümlicher und leicht faßlicher Weise alle unser gesammtes Staatsleben berührenden Fragen im Sinne der entschieden liberalen Partei besprechen. Die kriegerischen Ereignisse, deren Bedeutung und Wichtigkeit für unser Vaterland und seine Geschicke wohl Niemand verkennen wird, dürfen das Volk nicht stumpf machen gegen die wichtigen Fragen des inneren Verfassungskampfes, mit deren Lösung erst die volle Machtentfaltung Preußens gegen seine äußeren Feinde möglich sein wird. Deshalb hoffen wir, daß die Leser des Blattes demselben auch fernerhin treu bleiben und es in seinem Kampfe für Wahrheit und Recht unterstützen werden.

Das Blatt wird von Berlin aus regelmäßig jeden Donnerstag Abend versandt, so daß es auch in den entferntesten Gegenden unseres Vaterlandes am Sonnabend Abend in den Händen unserer Abonnenten sein kann. Sollte, trotz unseres Bemühens, in keiner Weise gegen eine gesehliche Bestimmung zu fehlen, doch einmal durch eine Beschlagnahme unseres Blattes eine Unregelmäßigkeit in der Versendung eintreten, so werden, davon sind wir überzeugt, unsere Leser diese Unregelmäßigkeit und nicht zur Last legen, sondern uns ihr Wohlwollen nach wie vor erhalten. Wir bitten, die Abonnements möglichst rechtzeitig bei den Postanstalten anzumelden, da sonst die vollständige Nachlieferung der erschienenen Exemplare nicht versprochen werden kann.

Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt bei allen preussischen Postanstalten 4 $\frac{1}{2}$ Sgr., bei den übrigen deutschen Postanstalten 7 $\frac{1}{4}$ Sgr.; in Berlin in der Expedition, Taubenstraße 27, 4 $\frac{1}{2}$ Sgr., bei sämtlichen Zeitungs-Expeditoren 6 Sgr. Einzelne Nummern 6 Pf. Inzerate, welche bei der großen Auflage des Blattes im ganzen Lande Verbreitung finden, die gespaltene Petitzeile 2 Sgr.; bei öfterer Wiederholung wird ein angemessener Rabatt bewilligt.

Die Regierung und die liberale Presse.

In der letzten „Provinzial-Korrespondenz“ befindet sich folgender Artikel:

„Bald nach dem Eintritt der preussischen Rüstungen hat die Regierung den Patriotismus der preussischen Zeitungsredaktionen dahin in Anspruch genommen, daß sie bedeutliche Mittheilungen über militärische Vorgänge und Anordnungen möglichst vermeiden möchten. Dem in dieser Beziehung geäußerten Vertrauen haben die öffentlichen Blätter fast überall entsprochen. Aber Angesichts der inzwischen erhöhten Gefahren und des drohenden Ausbruchs des Krieges muß die Staats-Regierung gesteigerte Anforderungen an die preussische Presse stellen. Die überaus wichtigen vaterländischen Zwecke, für welche das preussische Heer kampfbereit versammelt ist, erfordern die volle Hingebung und kräftige Unterstützung des preussischen Volks in allen seinen Theilen und Organen. Die Zeitungen werden es daher unter den jetzigen Umständen mehr und mehr als eine Ehrenpflicht erkennen müssen, die Hin-

gebung des Volkes für die höchsten vaterländischen Interessen, um die es sich gegenwärtig handelt, auf jede Weise zu fördern. Gerade jetzt werden die öffentlichen Blätter die Gelegenheit und die unabweisliche Pflicht haben, ihre hohe Bedeutung für Belehrung und Kräftigung des Volksgesistes zu bewahren. Im Artikel 111 der Verfassungs-Urkunde ist festgesetzt, daß für den Fall eines Krieges bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit die sonst geltenden gesetzlichen Bestimmungen in Bezug auf eine Reihe öffentlicher Rechte und Freiheiten, insbesondere auf die Freiheit der Meinungsäußerung, das Vereins- und Versammlungsrecht u. s. w. außer Kraft gesetzt werden können. Die Regierung würde von dieser ihr ertheilten Befugniß sowohl der Presse wie den Vereinen und Versammlungen gegenüber unsäglich in dem Augenblicke Gebrauch machen müssen, wo die öffentliche Sicherheit durch die Haltung der Parteien gefährdet würde. Von der Haltung der Parteien namentlich in den öffentlichen Blättern wird es abhängen, ob die Regierung in die Nothwendigkeit versetzt werden soll, außergewöhnliche Schritte zu thun. Die

Regierung hat in dieser Beziehung zunächst eine ernste Mahnung an alle Herausgeber von Zeitungen richten lassen, zugleich aber eine verstärkte Aufsicht der Behörden zur Verhütung aller unpatriotischen oder aufreizenden Äußerungen der öffentlichen Blätter angeordnet.

Im Anschluß an diesen Artikel ist auch wirklich an einzelne Redakteure und Verleger liberaler Zeitungen persönlich die Aufforderung ergangen, sich jeder Opposition zu enthalten, um nicht die Regierung zu einer Subvention der Artikel der Verfassung, welche die Pressfreiheit und die Vereinbarkeit garantiren, zu nöthigen.

Unter solchen Verhältnissen befindet sich die liberale Presse in einer schlimmen Lage; sie nimmt nicht nur auf ihre eigenen Schultern die Gefahr, welche ihr aus ihrer Opposition gegen die Regierung erwachsen, sondern sie gefährdet auch noch andere verfassungsmäßige Rechte unserer Mitbürger, und es ist deshalb an so mancher Stelle die Behauptung laut geworden, daß diese Rücksicht die Presse bestimmen muß, sich den größten Zwang in ihrer Haltung aufzuerlegen. Was aber, so fragen wir, nützt das Recht der Pressfreiheit, wenn die Regierung sagen kann: Sobald Du dieses Recht gegen mich gebrauchst, so hebe ich es auf; und wie bald wird nicht auch eine ähnliche Mahnung in Bezug auf das Vereinsrecht, ja vielleicht auch in Bezug auf das Wahlrecht folgen, sobald die Regierung sieht, daß sie mit jener ersten Mahnung einen so großen Erfolg erzielt hat. Das möge jeder bedenken, der nach gewohnter Weise der Gottheit ruft: Man gehe doch nur in diesem einen Punkte nach, um alles Andere zu retten.

Wenn jener Artikel der Provinzial-Korrespondenz von der Presse fordert, sie möge jetzt ihre hohe Bedeutung für Belehrung und Kräftigung des Volkgeistes bewahren, so möchten wir von den Befassern jenes Artikels gern wissen, wie die Presse das machen soll, wenn sie sich nicht vollständig frei bewegen soll. Mit solchen Artikeln, die auf Befehl und nach Vorschrift geschrieben sind, weckt man keine Begeisterung, befehlet man das Volk nicht, kräftigt man nicht den Volkgeist. Das sollten doch jene Herren von der Provinzial-Korrespondenz schon längst wissen: um es zu erkennen, brauchen sie nur zu erforschen, welche Wirkung ihre Artikel bis jetzt hervorgerufen haben.

In dieser Ausführung liegt die Antwort auf jenen Artikel. Wir können uns eine heilsame Wirkung der Presse nur denken, wenn sie sich frei und ungehindert innerhalb der durch das Gesetz gezogenen Schranken bewegen kann, und wie wir dies bis jetzt gethan, so werden wir es auch ferner thun. Wir haben bis jetzt diese gesetzliche Schranke noch nicht überschritten; die vielen Konfiskationen unseres Blattes haben noch keine einzige Anklage nach sich gezogen, also glauben wir ein Recht zu haben, jeden Vorwurf, den man uns in dieser Beziehung machen könnte, von vornherein mit Entschiedenheit zurückzuweisen.

Wenn aber die Regierung, wie es in jenem Artikel heißt, eine verstärkte Aufsicht der Behörden zur Verhütung aller unpatriotischen oder aufreizenden Äußerungen der öffentlichen Blätter angeordnet hat, so weisen wir

mit der größten Bestimmtheit jede darin mögliche aufzufindende Verschuldigung der liberalen Presse, als ob sie unpatriotische Artikel bringe, zurück. Wir wenigstens sind uns bewußt, und in allen unseren Artikeln einzig und allein von der Liebe zum Vaterlande haben leiten zu lassen. Allerdings sagt man, wie es scheint, bei den Schreibern der Provinzial-Korrespondenz den Patriotismus anders auf, als wir ihn auffassen; jene Herren nennen die Billigung aller Handlungen der Regierung Patriotismus, wir aber nennen Patriotismus das Anstreben dessen, was nach unserer Ansicht für das Vaterland heilsam ist, ohne Rücksicht darauf, wie die augenblickliche Regierung darüber denkt. Das ist der Grundsatz, der uns seit dem Entstehen unseres Blattes geleitet hat, und der auch fortan die einzige Richtschnur für unsere Haltung sein wird.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch einen Vorwurf zurückweisen, den Herr A. Braß, früher rother Republikaner, jetzt nach mancher Wandlung Redakteur der offizösen Norddeutschen allgemeinen Zeitung, gegen unsern Patriotismus zu richten wagt. Wir thun dies nicht, weil wir eine Vertheidigung gegen Angriffe an solcher Stelle für nothwendig halten, sondern nur, um unsern Lesern zu zeigen, mit welchen erärmlichen Mitteln man in jenem Lager die liberale Presse zu verächtlichen sucht. Das offizöse Blatt trinkt nämlich eine Stelle des Leitartikels unserer vorigen Nummer ab und reißt den Satz: „Was die österreichische Regierung thut, geht uns freilich nichts an“ aus dem Zusammenhange, um uns zu beschuldigen, wir meinten, die Verleumdung hätte überhaupt nichts danach zu fragen, was Oesterreich gegen Preußen unternimmt. Unsere Leser, welche dankbar sind, mit Aufmerksamkeit und Verstand zu lesen, wissen, daß jener Ausbruch nur bedeutet, daß wir uns nicht darum zu kümmern hätten, wie sich die österreichische Regierung mit ihrem Volk und dessen Vertreten über den Krieg verhält. Das ist natürlich etwas ganz anderes, aber wenn das offizöse Blatt dies aus jenem Artikel herausziehen hätte, so fand es keinen Grund, uns anzugehen, deshalb hat es das bequeme Mittel gewählt, in unseren Worten einen falschen Sinn unterzuschleichen.

Wer ist schuld am Kriege?

In einer Zeit, wie der jetzigen, ist es natürlich, daß die verschiedenartigsten Gerüchte auftauchen und auch geglaubt werden. Diesen Umständen scheint die Reaktion benutzen zu wollen. Sie hofft dadurch noch kurz vor den Wahlen Bewirung im Volke verbreiten und so die geschlossene Mehrheit der liberalen Partei sprengen zu können. Die Mittel, welche man zu diesem Zwecke benutz, sind sehr verschiedenartig. Hier erklärt man: „es sei zu einer Verständigung zwischen den Führern der Fortschrittspartei und der Regierung gekommen.“ Dort sagt man: „an dem ganzen Kriege sei nur die Fortschrittspartei schuld.“

Ueber die erste dieser Lügen sprechen wir an einer anderen Stelle unseres Blattes, mit dieser letzteren, abentheuerlichen Behauptung wollen wir uns hier beschäftigen.

Die Fabrikanten dieser Verleumdung halten das Gedächtniß unseres Volkes doch für gar zu schwach!

Sobermann im Volke, der den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses mit einiger Aufmerksamkeit gefolgt ist, wird sich erinnern, wie das Ministerium Bismarck von der Kammer stets vor dem Münzfuß mit Oesterreich gewarnt worden ist. Ebenso weiß jeder, daß diese Warnungen seitens des

Ministeriums unbeachtet geblieben sind, und daß dasselbe anstatt mit der besagten Bewegung, gegen dieselbe in den Schleswig-holsteinischen Krieg gezogen ist.

Da noch mehr die Kammer, welche ausdrücklich sich bereit erklärte, dem Ministerium Geld zu bewilligen, wenn es den Krieg im Sinn des Volkes führen würde, hat sogar, als das Gegenteil von dem erfolgte, was sie für notwendig hielt, jede Bewilligung verweigert. Nachdem nun das Ministerium sich hieran nicht gelohnt und das zur Kriegsführung nötige Geld nach dem bekannten Ausspruch des Herrn von Bismarck hergenommen hätte, wo es dasselbe fand, kam es durch den Frieden von Wien mit Oesterreich gemeinsam in den Besiz Schleswig-Holsteins. Von diesem Augenblicke begann der Zerfall des Bündnisses zwischen unsrer und der österreichischen Regierung. Oesterreich fand es passend in Folge den Liberalen zu spielen und unsrer Regierung jedes mögliche Hinderniß zu bereiten. Kurz die Sacken standen im Laufe des vergangenen Sommers so, daß der Ausbruch eines Krieges kaum zu vermeiden schien. Da aber Oesterreich damals auf einen Krieg gar nicht vorbereitet war, so gab es vorläufig scheinbar nach. Es verkaufte sein Anrecht an Lauenburg an unsrer König und theilte sich mit unsrer Regierung in den Besiz der Herzogthümer. Die Einigkeit war aber nur von ganz kurzer Dauer.

Schon im Januar dieses Jahres war der alte Streit wieder im besten Gange und im Februar sah sich Graf Bismarck veranlaßt, Oesterreich die Freundchaft ausdrücklich zu kündigen. Das Verhältnis wurde nun immer schwieriger, und endlich begannen die gegenwärtigen Mifstungen. Die preussische Regierung trat dann am deutschen Bunde mit ihrem Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments hervor. Hierdurch erwarb sie sich wohl die Feindschaft der meisten deutschen Fürsten, keineswegs aber die Zustimmung des deutschen Volkes. Erstere fürchteten an Macht zu verlieren und letzteres sagte sich, wie können wir erwarten, daß eine Regierung, die mit der eigenen Volkvertretung in einem so großen Zwispalt lebt, sich durch die Beschlüsse eines deutschen Parlaments für gebunden erachten wird.

Durch diesen Mißerfolg des Planes unsrer Regierung wurde Oesterreich Kühner gemacht. Es bewies trotz Preußens Widerspruch die holländische Ständerversammlung und trat seinen Besiz Holsteins an den deutschen Bund ab. Hierauf erfolgte die Herausdrängung der Oesterreicher aus Holstein durch die preussischen Truppen und dann von der andern Seite der Besiz des deutschen Bundes auf Mobilmachung der Bundesarmee, welcher von Preußen mit der Besetzung Sachsens, Kurhessens und Hannover's beantwortet wurde.

So ist der Krieg entstanden.

Welcher vernünftige Mensch kann denn nach behaupten, daß die Fortschrittspartei an demselben schuld sei.

Wir können auf diese Behauptung nur mit einem Beispiel antworten. Es giebt nicht wenig Leute, die gern Prozesse führen. Auch wenn vom Rechtsanwalt abgesehen und ihnen gesagt wird, daß sie den Prozeß verlieren würden, strengen sie sich doch an. Haben sie dann aber verloren, so klagen sie doch den Rechtsanwalt an, er sei schuld, daß sie den Prozeß nicht gewonnen haben.

Ähnlich ist es auch mit unsrer Politik gegangen. Die Regierung hat stets das Gegenteil von dem gethan, wozu ihr die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses gerathen hat. Nun aber, da das eingetreten ist, was das Abgeordnetenhaus voraus gesagt hat, soll es doch die Schuld davon tragen.

Preußen. Der Krieg ist ausgebrochen. Nachdem in der letzten Sitzung des Bundestages am 14. d. Mts. die Mehrheit der deutschen Staaten dem Antrage Oesterreichs auf Mobilisirung der Bundesarmee gegen Preußen zugestimmt hatte, erklärte der preussische Bundestagsdeputirte den Austritt Preußens aus dem Bund und den Bund als aufgelöst. Da mit dieser Erklärung der fünfzig Jahre lang bestehenden Einigkeit, welche mit schwerem Druck auf unserm gemeinsamen Vaterland gelastet hat, ein Ende gemacht ist, und hoffentlich von diesem Tage an die Herstellung eines neuen, besseren Bundes für Deutschland beginnt, so lassen wir hier diese Erklärung in ihrem ganzen Wortlaute folgen. Sie lautet:

Nachdem die hohe Bundesversammlung ungeachtet des vom Gesandten im Namen seiner allerböchsten Regierung gegen jede geschäftliche Behandlung des österreichischen Antrages eingelegten Protheses zu einer dem entgegenstehenden Beschlußfassung geschritten, hat der Gesandte nunmehr die erste Pflicht zu erfüllen, hoher Versammlung diejenigen Einsprüche kundzugeben, zu welchen, gegenüber der festen erfolgten Beschlußfassung der Gesandten, die allerböchste Regierung in Wahrung der Rechte und Interessen der preussischen Monarchie und ihrer Stellung in Deutschland zu sprechen für geboten erachtet. Der Akt der Einbringung des von der k. k. österreichischen Regierung gestellten Antrages an sich selbst steht nach der festen Ueberzeugung des königlichen Gouvernements zweifellos mit der Bundesverfassung im offenen Widerspruch und muß daher von Preußen als ein Bruch des Bundes angesehen werden. Das Bundesrecht kennt den Bundesgliedern gegenüber nur ein Exekutionsverfahren, für welches bestimmte Formen und Voraussetzungen vorgeschrieben sind. Die Aufstellung eines Bundesheeres gegen ein Bundesglied auf Grund der Bundeskriegsverfassung ist daher eben so fremd, wie jedes Einschreiten der Bundesversammlung gegen eine Bundesregierung außerhalb der Normen des Exekutionsverfahrens. Insbesondere aber steht die Stellung Oesterreichs in Holstein nicht unter dem Schutz der Bundesverträge, und der Kaiser von Oesterreich kann nicht als Mitglied des Bundes für das Herzogthum Holstein betrachtet werden. Aus diesen Gründen hat die königliche Regierung davon Abstand genommen, irgendetwas auf die materielle Mitwirkung des Antrages einzugehen, für welchen Fall es ihr eine leichte Aufgabe gewesen sein würde, den gegen Preußen gerichteten Vorwurf des Friedensbruches zurückzuweisen und denselben gegen Oesterreich zu richten; dem königl. Kabinett erschien vielmehr als das allein richtig gebotene und zuverlässige Verfahren, daß der Antrag wegen seines widerrechtlichen Charakters von vornherein Seitens der Bundesversammlung abgewiesen werden müßte. Daß diesem ihrem bestimmten Verlangen von ihren Bundesgenossen nicht entgegen zu werden ist, kann die kgl. Regierung im Hinblick auf das bisherige Bundesverhältnis nur aufs Beste hoffen. Nachdem das B. rtrauen Preußens auf den Schutz, welchen der Bund jedem seiner Mitglieder verbürgt hat, durch den Zustand fast erschüttert worden war, daß das mächtigste Glied des Bundes seit drei Monaten im Widerspruch mit den Bundesgrundgesetzen zum Schutz der Selbsthilfe gegen Preußen gerüthet hat, die Verwundungen der königlichen Regierung aber an die Unthätigkeit des Bundes und seiner Mitglieder zum Schutze Preußens gegen willkürlichen Angriff Oesterreichs nur Mifstungen anderer Bundesglieder ohne Aufsicht über den Zweck derselben zur Folge gehabt haben, mußte die königliche Regierung die äußere und innere Sicher-

heit, welche nach Artikel 2 der Bundesakte der Hauptzweck des Bundes ist, bereits als in hohem Grade gefährdet erkennen. Diese ihre Auffassung hat der vertragswidrige Antrag Oesterreichs und die eingehende, ohne Zweifel auf Verabredung beruhende Annahme desselben durch einen Theil ihrer bisherigen Bundesgenossen nur noch bestärkt und erhöht können. Durch die nach dem Bundesvertrage unzulässige Kriegserklärung gegen ein Bundesglied, welche durch den Antrag Oesterreichs und das Votum derjenigen Regierungen, welche ihm beigestimmt sind, bedingt ist, sieht das königliche Kabinet den Bundesbruch als vollzogen an. Im Namen und auf Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Königs, seines allergnädigsten Herrn, erklärt der Gesandte daher hiermit, daß Preußen den bisherigen Bundesvertrag gebrochen und deshalb nicht mehr verbindlich ansieht, denselben vielmehr als erloschen betrachtet und behandelt wird. Indes will Sr. Majestät der König mit dem Erlöschen des bisherigen Bundes nicht zugleich die nationalen Grundlagen, auf denen der Bund aufgebaut gewesen, als zerstört betrachten. Preußen hält vielmehr an diesen Grundlagen und an der über die vorübergehenden Formen erhabenen Einigkeit der deutschen Nationen fest und sieht es als eine unabweisliche Pflicht der deutschen Staaten an, für die letzteren den angemessenen Ausdruck zu finden. Die königliche Regierung legt ihrerseits die Grundzüge einer neuen, den Verhältnissen entsprechenden Einigung hiermit noch vor und erklärt sich bereit, auf den alten, durch eine solche Reform modifizirten Grundlagen einen neuen Bund mit denjenigen deutschen Regierungen zu schließen, welche ihr dazu die Hand reichen wollen. Der Gesandte vollzieht die Befehle seiner Allerhöchsten Regierung, indem er seine bisherige Thätigkeit hiermit nunmehr für beendet erklärt.

Schließlich hat der Gesandte seiner allerhöchsten Regierung, in deren Namen und Auftrag, alle derselben aus dem bisherigen Bundesverhältnis zufließenden und sonst noch daraus entspringenden Ansprüche jeder Art auf das Eigenthum und alle Zuständigkeiten des Bundes vorzubehalten und zu wahren, insbesondere ist er noch angewiesen, gegen jede Verwendung bewilligter Bundesgelder resp. gegen jede Disposition darüber, welche ohne ihre besondere Zustimmung erfolgen sollte, ausdrücklich Protest einzulegen.

Dies war am 14. geschehen. Am 15. überreichten die preussischen Gesandten in Sachsen, Hannover und Hessen-Kassel, welche drei Staaten am Bunde mit Oesterreich gestimmt hatten, ein Ultimatum, welches diese Staaten aufforderte, ihre Neutralität zu erklären und die Wahlen zum deutschen Parlament auszusprechen. Alle drei Staaten lebten das Verlangen ab, und in Folge dessen setzten sich in der Nacht vom 15. zum 16. die preussischen Truppen in Bewegung und überschritten die Grenzen dieser Länder. Heut sind Sachsen, Kurhessen und Hannover von den preussischen Truppen ganz besetzt. Die Monarchen dieser drei Länder sind flüchtig und in allen drei Ländern wird die Regierung durch preussische Zivilkommissarien geführt. Die Besetzung ist ohne Widerstand vor sich gegangen, nur bei der Einnahme von Stade (in Hannover) wurden einige Schüsse geschleut. An allen Orten wurden unsere Truppen von der Bevölkerung gern aufgenommen; es zeigt sich allenthalben, daß, wenn man auch für die gegenwärtige Regierung in Preußen nicht die

geringsten Sympathien hegt, doch das preussische Volk nach wie vor als der Kern des künftigen Deutschlands angesehen wird.

Der König hat eine Proklamation „An mein Volk“ erlassen, in der er die Nothwendigkeit des Krieges verhicert und die Hoffnung ausdrückt, daß das preussische Volk heut wie vor 50 Jahren bereit sein werde zur Rettung des Vaterlandes. Diese Proklamation wird zweifelslos schon in den Händen aller unserer Leser sein, und wir glauben daher, ihren Abdruck unterlassen zu können. Sie ist ein persönliches Wort des Königs an sein Volk, kein Minister hat sie gegengelesen.

Obernburg und Anhalt haben ihren Austritt aus dem deutschen Bunde erklärt; Mecklenburg wird seine Armee dem preussischen zugesellen. In Schleswig-Holstein soll eine große Aushebung angeordnet werden, es soll daselbst ein Armeekorps gebildet werden, welches wohl für's Erste der preussischen Armee einverleibt werden wird.

In der Nähe von Frankfurt a. M. soll ein deutsches Bundesheer zusammengezogen werden, welches die preussischen Rheinprovinzen bedroht.

In Schlessen hat die Eröffnung der Feindseligkeiten am 18. d. M. Abends mit dem Uebergang der Oesterreicher über die Grenze begonnen.

An demselben Tage hat das königliche Italien an Oesterreich und Baiern den Krieg erklärt, und sind in den nächsten Tagen auch von dort her Nachrichten über Kämpfe zu erwarten.

So ist denn jetzt ganz Mittel-Europa in einen Kampfplatz verwandelt; möge der Krieg zu einem segensreichen Ziele führen.

Während nun jetzt unsere tapfern Soldaten im Felde für die Ehre und die Existenz unseres Vaterlandes kämpfen, steht uns ein Kampf und eine Schlacht bevor für das Recht in unserem Vaterlande: die Wahltschlacht am 25. Juni. Möge keiner unserer Mitbürger schlen an jenem Tage. Mag auch für manden die Bctheiligung an der Wahl ein geringeres oder größeres persönliches Opfer kosten, er denke an die Strapazen seiner Mitbürger die im Felde stehen, und er wird einsehen, daß das Opfer, welches er durch seine Bctheiligung an der Wahl dem Vaterlande bringt, ein geringes ist gegenüber dem Opfer, was jene bringen. Von dem Ausfall der Wahl hängt das Schicksal unseres Vaterlandes in gewisser Beziehung ebenso sehr ab, wie von dem Ausfall einer Schlacht, und es thue daher jeder das seinige, damit die Wahlen so ausfallen, wie er es wünscht. Von konservativer Seite ist man sehr geschäftig in dieser Beziehung, bald sucht man die Fortschrittspartei zu verächtigen. Bald verbreitet man die Nachricht, daß eine Verschönerung der Parteien stattgefunden habe. Wir haben an anderen Stellen dieser Nummer ausführlich darüber gesprochen, hier bemerken wir nur mit Bezug auf einige wiederholt auftauchende Gerüchte, daß wir ausdrücklich ermächtigt sind zu erklären, daß das absichtlich von gewisser Seite ausgesprengte Gerücht: der König habe die Herren Twisten, Birdow und Geißl zu sich berufen lassen und es sei eine Verfassung über den Verfassungsgesetzstreit erfolgt, durchaus unwahr sind. Wir wissen ganz genau, daß der König weder die genannten, noch sonst irgend ein anderes namhaftes Mitglied der beiden liberalen Parteien des früheren Abgeordnetenhauses hat zu sich berufen lassen, auch hat keiner dieser Herren eine Verbindung nachgesucht.

Unsere Leser werden nicht erwarten, daß wir einen genauen Bericht über die Kriegsvorgänge liefern; die Erfüllung dieser Aufgabe müssen wir den täglich erscheinenden Zeitungen überlassen. Wir können nur in kurzen Worten die Resultate mittheilen.

Ueber die Mittel zur Kriegsführung, welche unserer Regierung zu Gebote stehen, hört man das verschiedenste. Während von der einen Seite immer noch die alte Behauptung von dem heiligmäßig vielen Geld aufrecht erhalten wird, hört man von anderer Seite, daß die Mittel sehr knapp seien. Für die letztere Annahme spricht die That- sache, daß man sehr eifrig bemüht ist, eine Veranschlagung der Steuern in großem Maßstabe zu erzielen; ebenso sucht man die gewährten Steuererlöse so viel wie möglich einzuziehen. Die letztere Maßregel trifft in diesem Augenblicke, wo der Verkehr allgemein stockt, den Handelsstand sehr schwer.

Die Darlehnskassen sind jetzt schon seit länger als einer Woche geöffnet, und noch begegnet man den neuen Scheinen nicht im Verkehr. Es dürfte dies wohl ein Beweis sein, daß im Publikum ein großer Widerwille gegen das neue Papiergeld herrscht. Wenn man übrigens den Mittheilungen einiger Wälder Glauben schenken darf, so hat der Finanzminister, Herr v. D. Seyditz, eine Vermehrung der Darlehnskassenscheine in Aussicht genommen; wir glauben nicht, daß er dadurch die Abneigung des Volkes gegen dieses Papiergeld vermindern wird.

Auf Mittwoch, 27. d. M. ist ein allgemeiner Ruf- und Betrag für ganz Preußen ausgeschrieben worden.

Baden. Von Oesterreich und Bayern ist die Drohung gegen Baden gerichtet worden, daß dasselbe getheilt werden solle, falls es sich nicht dem Bündnisse gegen Preußen anschliesse. Baden hat sich bis jetzt entschieden gewiegert, solchen Ansinnen zu entsprechen. Es beharrt streng auf seinem Standpunkte der Neutralität. Ob sich dies lange wird durchführen lassen, wollen wir heut nicht erörtern.

Württemberg. Der König von Württemberg hat in Prinz Alexander von Hessen zum Oberbefehlshaber des 8. Bundes- Armeekorps ernannt. Der Zulammentritt dieses Armeekorps soll nahe bevorstehen. Die Königin von Württemberg ist in Petersburg zum Besuch bei ihrem Bruder, dem Kaiser von Rußland gewesen. Man hat dieser Reise allgemein politische Motive, die mit der gegenwärtigen Krisis in Verbindung stehen, untergeschoben. Bei der Rückkehr der Königin nach Stuttgart haben die württembergischen ihre gute „deutsche Gesinnung“ dadurch dokumentirt, daß sie die Königin bei ihrem Erscheinen im Theater mit lebhaftem Beifallsbegegnungen empfingen zum Dank für ihre Vermittlungen, durch die Einmischung des Auslandes in Deutschland den Frieden zu erhalten. — Der württembergische Minister, Herr v. Bgrathhüler hat vor noch nicht allzulanger Zeit gesagt, daß er lieber des Teufels Feind wolle als preussisch, daß er lieber französisch sein wolle als preussisch.

Oesterreich. In Oesterreich weiß man, daß der Krieg, der jetzt begonnen hat, ein Kampf um Leben und Tod für den Kaiserstaat ist. Die letzten Hülfsergebnisse hat man angepannt, um siegreich aus demselben hervorzugehen, mißlingt dies, so fällt das Kaiserthum Oesterreich auseinander, ein Schicksal, das man denselben schon längst prophezeit hatte, und das nur durch eine weise, durch die Sympathie des Volkes getragene, Regierung zu vermeiden war. Wie wenig man aber auch in Wien daran denkt, sich die Grundfrage zu zu der Sicherheit des Kaiserstaates auf diese Weise zu schärfen, das zeigt das Verhalten gegen Ungarn. Man zeigt in Wien nicht die geringste Neigung sich mit Ungarn zu verständigen, so daß es nicht außerhalb des Bereiches der Möglich-

keit liegt, daß die Ungarn die Gelegenheiten benutzen, und plötzlich im Rücken der österreichischen Armee einen Aufstand versuchen, um sich auf immer von Oesterreich loszureißen.

Ebenso wenig wie an eine Ausöhnung mit Ungarn, denkt man aber auch in Wien daran, den deutschen und sächsischen Vätern die Rechte wiederzugeben, welche man ihnen im vorigen Jahre durch Suspension der Verfassung genommen hat. Trotz der großen Finanznoth denkt man nicht an eine Einberufung des Reichsraths. Man macht lieber Anleihen unter Bedingungen, welche die Finanzen eines jeden Staates in kurzer Zeit zu Grunde richten müssen, als daß man die Rechte des Volkes anerkennt. Der unaussprechliche Staatsanwerst und der Zerfall des Reiches werden der Welt den Beweis liefern, wohin der eingeschlagene Weg führen muß.

Italien. Ueber die Aussichten Italiens für den neuen Feldzug schreibt man: Oesterreich wird wieder die kriegs- mäßige Maßgabe von 1848 besetzen und sich, ohne den Italienern eine Schlacht anzubieten, lediglich auf die Behauptung des Festungsgürtels beschränken, um es den Hiebkräften der Sumpfe und überschäumenden Risikolider zu überlassen, den italienischen Kriegsmuth zu ersticken und die Armees zu dezimiren. Es ist jedoch nicht zu vergessen, daß sich seit 1848 Manches geändert hat, ganz abgesehen davon, daß Rußland und Frankreich die österreichischen Garnisone, namentlich in Mantua, weit ärger mitnehmen werden, als die mehr affirmirten Italiener. Erstens giebt es jetzt eine italienische Flotte und zweitens ein freiwilliges Heer unter Garibaldi, welche beide zusammenwirken werden, um den Oesterreichern die Beobachtung eines bloßen Defensiv-Systems zu erschweren. Sodann aber sieht jetzt auch eine ganz andere reguläre Armee den Oesterreichern gegenüber als im Jahre 1848 und unsere Strategen zweifeln nicht, daß sie im Stande sein werden, das hinfällige Heer zu einer Feldschlacht zu zwingen. Für Preußen wird es natürlich von größter Bedeutung sein, wenn Oesterreich auch im Süden zu einer entscheidenden Aktion genöthigt wird. Die Armee ist bereits auf der ganzen Linie in Bewegung. Die zwei ersten Geschwader der in Ancona konzentrirten Flotte sind vollkommen geschickter ausgerüstet und haben durch Reconnoissirungen bereits in einem gewissen Grade die kriegsrischen Operationen begonnen.

Eine spätere Nachricht aus Italien selbst: Der König von Italien ist am 17. Juni mit Pomaroma ins Feld gerückt, ebenso der Marineminister, der eine Division führt. Sella, der früher Finanzminister war, hat sich als Freiwilliger bei Garibaldi aufnehmen lassen. General Pallavicino, der Garibaldi bei Aspromonte gefangen nahm, hat das Kommando einer Division unter Garibaldi angenommen. Dies sind Thatjachen, welche für sich selbst sprechen. Das italienische Heer ist von Bologna bis Bergamo in vier Armeen nebst zahlreichen freiwilligen Haufenweise aufgestellt. Diese Armee hat zwei Objekte: die eine schaut auf Ancona, die andere auf den Mincio. Cialdini mit der 4. Armee geht den neuesten Bestimmungen zufolge zur See, um gegen Venedig einen Handstreich zu machen, oder geradezu Wien zum Gegenstande seiner Vernehmungen zu nehmen. Die andere drei Armeen gehen über den Mincio zwischen Salizone und Villastanka, suchen die Etich zu überschreiten, um Be-

rona herum zu gehen und die Höhen zu nehmen, die im Norden dieses Platz umgeben. So weitwärtig will die „France“ über diese Pläne unterrichtet sein, während sie die österreichische Armee unter Erzherzog Albrecht auf 160,000 Mann ansetzt, ohne die Besatzungen der Festungen des Viennese. Diese Armee ist um Venedig, Padua und Treviso konzentriert und will sich am Defensiv halten, bis die Oesterreicher in — Berlin stehen. Das dürfte eine etwas langdauernde Defensiv werden! — Man will wissen, daß sofort nach dem Einrückung Preussens in Hannover (in der Nacht vom 15. auf den 16.) der Befehl gegeben sei, dem Po und den Rincio zu überbrechen. Die Nachricht scheint aber unbegründet zu sein.

— Das königliche Dekret, welches die Bildung der fünften Bataillone anordnet, ist erschienen. Die Verdammte wird auf 280,000 veranschlagt. Die Freiwilligen und die Flotte vervollständigen die kriegsberedite italienische Streitmacht. Man ist jetzt darauf bedacht, eine Reserve für alle Fälle auszurüsten. Garibaldi entwickelt in Como eine ansehnliche Thätigkeit. Der Enthusiasmus des Volkes sowohl wie der Freiwilligen bleibt fortwährend in gleicher Höhe. Uebigens wird Garibaldi, der jetzt zum General der Armer, als nach der französischen Rangordnung zum Marschall ernannt ist, nur so viele Bataillone unter sein spezielles Kommando nehmen, als mit seinem eigenthümlichen kriegerischen Talente verträglich ist.

Frankreich. Die französische Regierung stellt sich jetzt ziemlich offen auf die Seite Preussens, wenigstens glauben wir, die Hofische, daß Frankreich nach Abweisung der preussischen Gesandten aus Wien und München, die Vertretung und den Schutz der in Oesterreich und Bayern noch verweilenden preussischen Unterthanen übernommen hat, in diesem Sinne auslegen zu dürfen.

Daß die Politik Louis Napoleons natürlich nicht darauf gerichtet ist, Preussens Verbündeter zu sein, ohne daß ihm dieser Bund einen Vortheil brächte, liegt auf der Hand. Man meint, daß er für seine Unterstützung die Abtretung eines Theiles des Gebietes auf dem linken Rheinufer beansprucht, und bezeichnet ganz besonders das Koblenzer bei Saarbrücken als den Preis, welchen es für die Duldung einer Abwendung des preussischen Staatsgebietes, wie die Ausführung der Pläne der preussischen Regierung genannt wird, fordert. Nebenbei aber ist es ihm wohl auch darum zu thun, sich in Preussen einen Verbündeten zu schaffen, der später einmal für die Fortexistenz der napoleonischen Dynastie eintritt.

England. Das Ministerium hat bei einer Abstimmung über die Reformbill, durch welche das Wahlrecht erweitert werden soll, eine Niederlage erlitten und ist zurückgetreten. Die Tory's, welche jetzt an Aude kommen werden, gelten für Freunde Oesterreichs.

Wohlthätigkeit und Politik.

Die Berliner Zeitungen veröffentlichen einen Aufruf des „Berliner Hülfsvereins für die Arme im Felde.“ Derselbe ist von Mitgliedern der entgegengelegtesten politischen Parteien unterzeichnet. Neben den Namen der Herren Wagner und v. Alvens stehn die Unterschriften der Herren Birchow und v. Narub u. s. w. Da diese Thatfache wohl geeignet sein dürfte, Aufsehen zu erregen und es in Berlin wenigstens an hierauf gegründeten abenteuerlichen Gerüchten nicht fehlt, so halten wir es für Pflicht, unseren Lesern über das Zustandekommen dieser Vereinigung eine Aufklärung zu geben, welche and besser Quelle geschöpft ist.

Im Laufe der vergangenen Woche erging von Seiten der konservativen Partei an mehrere bekannte Rithglieder des aufgelösten Abgeordnetenhauses und einige zur Fortschrittspartei gehörige Staatsrathsräthe die Aufforderung, sich mit ihnen zu einem Verein zu verbinden, der die Unterstützung der im Felde stehenden Soldaten und namentlich die Pflege der Kranken und Verwundeten in's Auge zu fassen habe. Zugleich wurde ihnen mitgetheilt, daß sich bereits ein Komitee gebildet hätte, und ein Aufruf wurde gleichfalls zur Unterzeichnung vorgelegt. Unter diesen Umständen wurde die Betheiligung abgelehnt, aber der Zutritt auf Grund einer neuen Zusammensetzung des Vorstandes und eines neuen Aufrufes in Aussicht gestellt. Solchen Forderungen hat sich die andere Partei gefügt und so ist denn ein Komitee aus sechs Personen von der einen und sechs Personen der anderen Partei zusammengetreten. Auch auf die Forderungen der liberalen Partei, daß der Berliner Hülfsverein sich selbstständig halten müsse und sich nicht unter das sogenannte Centralkomitee stellen dürfe, ist von der anderen Seite bereitwillig eingegangen worden.

Wenn nach diesen Vorgehens von gewisser Seite geschäftig ausgeprengt wird, daß die Fortschrittspartei die Volkrechte aufheben und deren Verletzung während des ausgebrochenen Krieges bei Seite setzen wolle, so können wir hierin nur ein eben nicht geschicktes Wahlmanöver der konservativen Partei erblicken. Die Namen derjenigen ehemaligen Abgeordneten, welche den Aufruf unterzeichnet haben, bürgen dem Volke dafür, daß von einer derartigen Fahnenflucht bei ihnen nicht die Rede sein kann. Was hat denn die Wohlthätigkeit mit der Politik überhaupt zu thun? An der Grenze stehen unsere Brüder und Schwestern gegen den ächtlichen Feind Preussens, gegen Oesterreich im Felde. Zu deren Pflege ist der Verein gestiftet und dazu ist das Geld der Reaktionsäre eben so gut zu brauchen wie das unsere. Wie der Krieg entstanden ist, kommt bei dieser Frage nicht in Betracht. Er ist da und kann nicht mehr abgewendet werden, aber seine Folgen und namentlich die schweren Leiden der Verwundeten und Kranken Soldaten zu mildern, ist eine Pflicht der Menschlichkeit, die an jeden Preussen herantritt, möge er zur reaktionären oder zur verfassungstreuen Partei gehören.

Von der Buchhändler:

Die gewählte preussische Volksvertretung in der Winteression 1866

nebst einem
Rückblick auf die Gesammthätigkeit derselben in der
jetzt geschlossenen Legislaturperiode.
Von Dr. Gustav Lewinlein.

3 Bdg. 8. Preis 4 Egr.

auf welche wir in einer früheren Nummer unsere Leser aufmerksam gemacht haben als besonders geeignet zur Verbreitung in den Wahlkreisen, liefert die Verlagsbuchhandlung von **Franz Dunder** in Berlin gegen Baareinsendung von

1 Thlr. 12 Exemplare.

3 „ 25 „

5 „ 100 „

Die Einhebung des Geldes kann durch Postanweisung mit einfacher Besugnahme auf das untenstehende Datum dieser Mittheilung erfolgen.
Berlin, den 7. Juni 1866.